

DSTG magazin

10

Gewerchaftsorgan der
Deutschen Steuer-Gewerkschaft
Oktober 2010 · 59. Jahrgang



Das neue UFE Präsidium mit UFE-Ehrenpräsidenten Dieter Ondracek.
V. l. n. r.: Peter Lockard (GB), Gabor Holecz (HU), Klaus-Hilger Leprich (DE), Fernand Muller (LU),
Manfred Lehmann (DE), Dieter Ondracek (UFE-Ehrenpräsident, DE), Rafael Zender (UFE-General-
sekretär, DE), Serge Colin (UFE-Präsident, FR), Jörn Rise Andersen (DK), Helder Fereirra (PT).

45. UFE-Kongress in Lissabon: EU-Kommission baut bei Steuergestaltung auf Sachverstand der UFE

DSTG-Jugend begrüßt bundesweiten Anstieg der Anwärterzahlen

Steuerfahnder müssen auch im Rotlichtmilieu tätig werden



> Editorial

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die Haushaltsdebatte im Deutschen Bundestag, erster Höhepunkt in Berlin nach der Sommerpause, wurde zur erwarteten Generalaussprache über die Politik der Bundesregierung. Der Opposition gelang es, die Koalition streckenweise in eine Verteidigungsposition zu drängen, und

dies zu Recht. Denn das Haushaltspaket ist sozial nicht ausgewogen. Die unmittelbar nach der Finanzkrise im politischen Raum diskutierte Finanztransaktionssteuer wurde gar nicht mehr erwähnt. Die Bundeskanzlerin, die in der Vergangenheit von einem überlegenswerten Weg sprach, will inzwischen von einem solchen Projekt nichts mehr wissen. Die mehrere 100 Milliarden Euro schweren Rettungsschirme haben die Banken vor dem Zusammenbruch bewahrt. Dies war und ist gut so.

Gut und richtig aber wäre es, nach der Erholung jetzt die Finanzmärkte zur Schadenswiedergutmachung heranzuziehen, zumal die Branche bereits wieder sorglos Riesenräder dreht. Anscheinend haben die Banker aus der Krise nichts gelernt. Trotz anders lautender Beteuerungen werden sogar erneut gewaltige Bonuszahlungen an leitende Bankmitarbeiter verteilt. Alles verhält sich so wie vor der Krise, man füllt sich selbst die Taschen, das Geschäftsrisiko wird auf andere abgewälzt. Zahlen müssen die einfachen Steuerzahler, die mit den Finanzgeschäften überhaupt nichts zu tun haben. So darf das nicht sein! In dieser Situation wäre eine Finanztransaktionssteuer die angemessene Reaktion, und zwar nicht nur deutschland- sondern europaweit organisiert und erhoben. Die Summen, die zur Besteuerung herangezogen werden könnten, sind riesig. Allein der Derivatehandel umfasst weltweit jährlich 350 Billionen Euro. Vorsichtig geschätzt wären dies für Europa wenigstens 100 Billionen Euro Umsatz. Eine Transaktionssteuer von 0,5 Prozent auf diesen Umsatz erbrächten 500 Milliarden Euro an Steuern. Würden alle Finanztransaktionen innerhalb von Europa erfasst, reichte bereits ein Steuersatz von 0,2 Prozent aus, um den gesamten EU-Haushalt zu finanzieren und darüber hinaus noch Rücklagen für Schadenswiedergutmachung oder Schuldenabbau zu generieren. Der EU-Haushaltsplan sieht für 2010 Verpflichtungsermächtigungen von insgesamt 141,5 Milliarden Euro vor. Es ist konsequent, dass der EU-Kommissionspräsident eine solche Finanztransaktionssteuer als Europasteuer fordert, weil diese ein Ausweichen der Märkte schwieriger gestalten würde. Die Bundeskanzlerin hat aber bereits ein hartes „Nein“ gesagt. Betont wird in Deutschland zwar, ein politisches Europa mit einem gestärkten Parlament zu wollen, eine eigene Steuererhebung billigt man aber den Europainstitutionen nicht zu.

Auf europäischer Gewerkschaftsebene haben sich die Delegierten der UFE auf ihrem 45. Kongress in Lissabon ausführlich mit dieser Frage befasst und den Beweis erbracht, dass Steuer- und Zollbeamte aus ganz Europa, auch aus der Schweiz und Luxemburg, weitsichtig sind und diesen Weg für richtig und gangbar halten. Die DSTG und ihre Partnergewerkschaften haben sich einstimmig für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer ausgesprochen und als Forderung dem Generaldirektor der Generaldirektion 21-TAXUD, Walter Deffaa, mit auf den Weg gegeben.

> Impressum

Herausgeber: Deutsche Steuer-Gewerkschaft (DSTG), Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin, Telefon 030.206256-600, Telefax 030.206256-601, **Internet:** www.dstg-verlag.de, **E-Mail:** dstg-bund@t-online.de. **Verantwortlich:** Dieter Ondracek, Rafael Zender. **Verlag:** Steuer-Gewerkschaftsverlag, Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin, Telefon 030.206256-650, Telefax 030.206256-601, E-Mail: stgv@dstg-verlag.de. **Fotos:** Windmüller, DSTG-Archiv, Fiegel, MEV. **Anzeigenverwaltung DSTG magazin:** Steuer-Gewerkschaftsverlag, Elke Schmidt, Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin, Telefon 030.206256-650, Telefax 030.206256-601, E-Mail: stgv@dstg-verlag.de. **Anzeigenpreisliste** Nr. 25 gültig ab 1. Oktober 2009. Nachdruck honorarfrei gestattet. **Bezugsbedingungen:** Das DSTG magazin erscheint zehnmal jährlich. Der Bezugspreis ist durch Mitgliedsbeitrag abgegolten. Dem DSTG magazin regelmäßig beigelegt ist „Die Steuer-Warte“ und einem Teil der Ausgabe, neunmal im Jahr „Die Steuer-Gewerkschaft in Nordrhein-Westfalen“. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen in jedem Fall nur die Meinung des Verfassers dar.

Herausgeber der dbb seiten: Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion – Bund der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des privaten Dienstleistungssektors – Friedrichstr. 169/170, 10117 Berlin, 030.4081-40, Telefax 030.4081-5598. **Internet:** www.dbb.de. **E-Mail:** magazin@dbb.de. **Chefredaktion:** Dr. Walter Schmitz. **Redaktion:** Christine Bonath, Jan Brenner. **Redaktionsschluss** am 10. jeden Monats. Namensbeiträge stellen in jedem Falle nur die Meinung des Verfassers dar. **Fotos:** fotolia, MEV. **Verlag:** dbb Verlag gmbh. **Verlagsort und Bestellschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin, Telefon 030.7261917-0, Sparkasse Köln/Bonn, Konto 21.006.903, Commerzbank Berlin, Konto 0.733.998. **Anzeigenverkauf:** dbb verlag gmbh, Katy Netz, Telefon 030.726191724, Telefax 030.726191740. **Anzeigentarif** Nr. 51 (dbb magazin), gültig ab 1. 10. 2009. **Druckauflage** dbb magazin: 766.533 Exemplare (IVW 4/2009). **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42-50, 47608 Geldern. **Layout:** Dominik Allartz. **Anzeigenschluss:** 6 Wochen vor Erscheinung. Gedruckt auf Papier aus elementar-chlorfrei gebleichtem Zellstoff. **ISSN 0178-207X**

> DSTG

- > 45. UFE-Kongress in Lissabon: EU-Kommission baut bei Steuer-gestaltung auf Sachverstand der UFE 4
- > Resolution der Komitees der UFE 6
- > DSTG-Jugend begrüßt bundesweiten Anstieg der Anwärterzahlen 8
- > Steuerfahnder müssen auch im Rotlichtmilieu tätig werden 9
- > Meinungsaustausch über aktuelle steuerpolitische Maßnahmen 9
- > Deutschlandturnier der Finanzämter mit 1400 Sportlerinnen und Sportlern 10
- > DFSH-Mitgliederversammlung 14
- > Tarifkommission beriet in Hamburg über Datenschutz und Chancen für 2011 14
- > Bisher nur leere Worte zur Steuer-vereinfachung – Gesetzesflut hält an und nimmt zu 15
- > Tauschcke 16

> dbb

- > Sparpaket der Bundesregierung: dbb warnt vor fatalen Folgen 17
- > dbb und Berliner Senat: Mehr Kooperation angemahnt 17
- > Beschäftigtendatenschutz: Unsicherheit bleibt 18
- > dbb akademie 21
- > 5. Demographie-Kongress: Der Staat im Wandel 22
- > mitgliederservice 24
- > 20 Jahre deutsche Einheit: Ich erinnere mich gern ... 26
- > frauen 29
- > standpunkt: Qualitätssicherung unter erschwerten Bedingungen 30
- > 5. dbb Medienkonferenz 2010: Radio im Test – Medien unter Aufsicht 32
- > glosse 37
- > Tarifkonflikt: Streiks unterbrochen – Einigung bleibt Ziel 38
- > Brennpunkt: Rüstzeug gegen Randalierer 40
- > jugend: Ausbildung verbessern! 44
- > t@cker 44
- > Im Interview Bernd Neumann: „Kürzungen im Kulturbudget taugen nicht zur Sanierung der Finanzen“ 46

Die Delegierten waren sich andererseits einig, dass Europa nicht das Recht haben soll, Schulden aufzunehmen, weil dies für die Mitgliedsstaaten zu risikoreich wäre. Die Erhebung der Finanztransaktionssteuer müssten die nationalen Staaten organisieren und die eingehenden Beträge an Brüssel abliefern.

In der UFE herrscht nahtlose Übereinstimmung, wie Schlupflöcher in der europäischen Zinsrichtlinie geschlossen und die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Steuerhinterziehung verbessert werden können. Zustimmung fand auch die Haltung der DSTG zur Frage des Ankaufs von Datenträgern zu mutmaßlichen Steuerhinterziehern. Es war erfreulich festzustellen, dass alle Sachthemen mit einstimmigen Voten verabschiedet wurden.

Nach elf Jahren Amtszeit als Präsident der Union des Finanzpersonals in Europa (UFE) habe ich dieses Amt abgegeben. Für die

nächste Wahlperiode verzichtete ich aus Altersgründen auf eine Wiederwahl. Nach ungeschriebenen Regeln der UFE kann ein UFE-Präsident nicht aus den Reihen derselben Mitgliedsgewerkschaft kommen wie der Vorgänger. Die DSTG nominierte deshalb für den Präsidentenposten keinen eigenen Kandidaten/Kandidatin. Zwei Bewerber stellten sich zur Abstimmung. Der bisherige französische Vizepräsident Serge Colin wurde mit großer Mehrheit zum neuen Präsidenten der UFE gewählt. Die DSTG unterstützte diese Kandidatur, weil wir nach langjähriger Zusammenarbeit mit Serge Colin davon ausgehen können, dass er dieses Amt in unserem Sinne führen wird. Als Vizepräsident wird künftig Manfred Lehmann die DSTG im Präsidium der UFE vertreten. Generalsekretär bleibt Rafael Zender.

In meiner Abschlussrede konnte ich eine erfolgreiche Bilanz vorlegen. Wir hatten in der UFE je-

weils lange vor der Politik wichtige Themen auf der Tagesordnung, so zum Beispiel die Verbesserung der Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Steuerhinterziehung. Hier hat sich einiges getan. Unsere Forderung nach Gründung einer Institution „EUROFISC“ wird derzeit von der Kommission bearbeitet.

Wir hatten gefordert, Kapitalerträge konsequent europaweit zu besteuern und Steueroasen innerhalb Europas auszutrocknen – die europäische Zinsrichtlinie folgte. Unsere Forderung auf Schließung der restlichen Schlupflöcher in dieser Richtlinie wird aktuell geprüft.

Wir setzen uns vehement dafür ein, dass Steueramnestien im Interesse der ehrlichen Steuerzahler abgelehnt werden müssen. Wir hatten eine verstärkte Bekämpfung des Umsatzsteuerbetruges gefordert – hier wurde von der EU-Kommission schon vieles geleistet. Weiteres ist in Arbeit.

Jetzt hat die UFE als Hauptthema die Personalsituation der Steuerverwaltung in den einzelnen Ländern auf der Agenda. Sie weist darauf hin, dass Personaleinsparungen in den Steuerverwaltungen die Staatshaushalte gefährden. Wir verlangen, dass nun EU-weit dieses Phänomen gestoppt beziehungsweise die Entwicklung zurückgedreht werden muss.

Ich selbst wurde von den Delegierten des 45. UFE-Kongresses einstimmig zum Ehrenpräsidenten gewählt, so dass ich in besonderen Situationen meine Stimme nach wie vor in die Debatte einbringen kann.

In unser aller Interesse wünsche ich auch an dieser Stelle der UFE für die Zukunft viel Erfolg und die notwendige Solidarität bei allen klärungsbedürftigen Fragen.

Mit freundlichen Grüßen

Jer
Dieter Deffaa

45. UFE-Kongress in Lissabon

EU-Kommission baut bei Steuer-gestaltung auf Sachverstand der UFE

Auf ihrer 45. Sitzung in Lissabon baute die Union des Finanzpersonals in Europa (UFE) den Dialog mit der EU-Kommission weiter aus. Die UFE organisiert über ihre Mitgliedsgewerkschaften mehr als 400 000 Einzelmitglieder aus den Steuer- und Zollverwaltungen Europas. Als Repräsentant der EU erläuterte Dr. Walter Deffaa, Generaldirektor der Generaldirektion für Steuern und Zollunion, die Arbeitsschwerpunkte der Steuer- und Zollpolitik auf europäischer Ebene. In der Diskussion zeigte er sich sehr aufgeschlossen für die spezifischen Probleme der



Der höchste aus Deutschland kommende Beamte in Brüssel, der Generaldirektor der Generaldirektion Steuern und Zollunion, Dr. Walter Deffaa, bei der Eröffnungsveranstaltung der Komiteesitzung.

Steuer- und Zollverwaltungen in Europa. Deffaa betonte, dass die EU-Kommission äussersten Wert darauf lege, bei Gestaltungsprozessen die Umsetzung in der Praxis im Auge zu behalten und deshalb die Steuer- und Zollbeamten in Europa einbinden wolle. In der EU-Kommission schätze man den Sachverstand und die Anregungen der UFE. Für den steu-



> Der Generaldirektor der portugiesischen Steuerverwaltung, José António de Azevedo Pereira, beim Vortrag im UFE-Steuerausschuss.

erlichen Bereich erläuterte Deffaa zunächst, dass die weltweite Zusammenarbeit – wie sich an den abgeschlossenen Verträgen zur Übernahme des OECD-Standard 26 zeige – seit 2008 mehr Fortschritte erzielt habe als in zehn Jahren davor. An der praktischen Wirkungsweise der Abkommen müsse allerdings noch stark gearbeitet werden, weil zurzeit nur in 5 Prozent der Verwaltungsersuchen überhaupt eine Antwort erfolgt.

Mit Eurofisc werde man eine neue gemeinsame Struktur für die Bekämpfung des Mehrwertsteuerbetrugs schaffen. Dabei könnten die Mitgliedsstaaten die Felder der Zusammenarbeit auswählen. Als Ziel habe man sich bei diesem Projekt einen schnelleren Austausch, eine bessere Qualität sowie die Vertraulichkeit der Informationen gesetzt.

Bei der Abschaffung des Bankgeheimnisses werde leider weiterhin von den Mitglieds-

staaten stark geblockt, bedauert Generaldirektor Deffaa. Mit einer Verbesserung der Zinsrichtlinie plane die Kommission die Schließung von Lücken, weil es zurzeit zu einfach sei, die geltenden Regeln mit Finanzprodukten zu „umgeben“. Technisch gesehen sei man bei der Arbeit gut vorangekommen, allerdings seien zwei Knackpunkte noch nicht

geklärt, nämlich das Problem einer Geltung über Europa hinaus sowie der Weigerung Österreichs und Luxemburgs, sich am automatischen Austausch von Informationen über Zinserträge zu beteiligen.

Als weiteres Betätigungsfeld der EU nannte Deffaa die Überarbeitung der Energiebesteuerung, wobei die Kommission bestrebt sei, die Steuersätze für Energieträger anzugleichen und im Idealfall einen Steuersatz für alle Energieträger mit der Maßeinheit „Gigajoule“ einzuführen. Weiterhin arbeite man an einer gemeinsamen konsolidierten Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage (CCCTB), um die Tax-Compliance-Kosten europaweit tätiger Unternehmen in angemessenem Umfang zu halten. Ziel sei eine Regelung für die Berechnung der Basis, nicht aber die Vereinheitlichung der Steuersätze. Dabei dürfe nicht aus den Augen verloren werden, dass die EU-Staaten die Gefahr

der Beeinträchtigung ihres Steueraufkommens sehen. Deshalb müsse auch über eine Aufteilung des Steueraufkommens nachgedacht werden.

Auf den Prüfstand stelle die EU-Kommission das seit 40 Jahren gültige Mehrwertsteuersystem und denke nach, ob dieses System auch noch für die nächsten 50 Jahre das Richtige sei. Man erarbeite zurzeit ein Grünbuch für die Sammlung der Probleme mit dem zurzeit angewendeten System. Die UFE jedenfalls werde eingebunden und sei eingeladen, sich an allen steuerpolitischen Diskussionen zu beteiligen.

Weiterer prominenter Gast auf dem Kongress in Lissabon war Peter Heesen, der in seiner Eigenschaft als Präsident der Europäischen Union der unabhängigen Gewerkschaften (CESI), die UFE zur Zusammenarbeit mit der CESI ermunterte. In seiner Ansprache, in der er die UFE als den „schlagkräftigen Arm der Finanz- und Zollbeamten Europas“ bezeichnete, betonte Heesen das gemeinsame Bekenntnis beider Gewerkschaftsverbände zum gewerkschaftlichen Pluralismus und zur Unabhängigkeit. Die Unabhängigkeit von Regierungen und Parteien mache CESI wie UFE attraktiv. Eine Zu-



> CESI-Präsident Peter Heesen wirbt für eine Kooperation der UFE mit CESI.

sammenarbeit könne zu einer dieser Unabhängigkeit wahren, beiden Organisationen nutzenden, Partnerschaft führen. „Ich möchte die Tür zur CESI weit öffnen“, sagte Heesen. Eine weitere wichtige Gemeinsamkeit beider Gewerkschaftsverbände bestehe in ihrer starken Verankerung im öffentlichen Dienst. Angesichts der Finanzkrise und des demografischen Wandels stehe der öffentliche Dienst überall in Europa vor großen Herausforderungen.

Die Rede von CESI-Präsident Peter Heesen blieb nicht ohne Wirkung. Im weiteren Verlauf des Kongresses verabschiedete die UFE einstimmig eine Entschliesung zur Zusammenarbeit mit der CESI.

Die Beschlüsse des Komitees wurden in den Sitzungen des Steuer- und Zollausschusses an den Vortagen vorbereitet. Ebenso die nachstehend abgedruckte Resolution des Komitees. In der Sitzung des Steuer-ausschusses gab der portugiesische Generaldirektor für den Steuerbereich, José António de Azevedo Pereira, einen Überblick über die Steuerverwaltung in Portugal mit 21 verschiedenen Generaldirektionen und 345 Finanzämtern. In Portugal setze man auf den persönlichen Kontakt unter Nutzung von Internet und Telefon. So würden schon 81 Prozent der von Privatpersonen erstellten Steuererklärungen elektronisch übermittelt, bei den Körperschaftsteuererklärungen seien es bereits 100 Prozent. Entsprechend einer Gesetzesvorschrift müssten Steuererstattungen innerhalb von 30 Tagen vorgenommen werden, für Arbeitnehmer liege die Bearbeitungszeit durchschnittlich bei 15 Tagen. Ausdrücklich lehnte Generaldirektor José António de Azevedo Pereira Steueramnestien jeglicher Form für Portugal ab, da die Steuersünder nicht ihr

Verhalten ändern würden, sondern nur nach neuen Wegen suchten, um Steuern zu umgehen. In Portugal veröffentlichte man zudem die Namen von größeren Steuerschuldnern, was sich als probate Methode herausgestellt habe.

Neben den Sachthemen standen turnusgemäß Neuwahlen auf der Tagesordnung der Komiteesitzung. Für den aus Altersgründen nicht mehr kandidierenden UFE-Präsidenten Dieter Ondracek wurde Serge Colin (Frankreich) zum neuen

Präsidenten gewählt. Nach seiner mehr als elfjährigen erfolgreichen Arbeit an der Spitze der UFE wählten die Delegierten Dieter Ondracek einstimmig zum UFE-Ehrenpräsidenten. Klaus-Hilger Leprich vom BDZ wurde als Vizepräsident

wiedergewählt, wie auch DSTG-Bundesgeschäftsführer Rafael Zender als UFE-Generalsekretär bestätigt wurde. Als UFE-Vizepräsident neu ins Präsidium kam der stellvertretende DSTG-Bundesvorsitzende Manfred Lehmann. ■

Resolution

der Komitees der UFE am 23. September 2010 zu spezifischen Problemen der Steuerverwaltungen in Europa

Die UFE ist die einzige europäische fachspezifische Interessenvertretung der Beschäftigten der Steuer- und Zollverwaltung in Europa. Über ihre Mitgliedsgewerkschaften sind mehr 400 000 Einzelmitglieder aus allen Laufbahngruppen der Steuer- und Zollverwaltungen in Europa in der UFE organisiert. Die Delegierten der 45. Tagung des Komitees der UFE haben bei ihrer Sitzung am 23. September 2010 in Lissabon nachstehende Entschließung gefasst:

► Personaleinsparungen in den Steuerverwaltungen gefährden die Staatshaushalte

Insbesondere als Folge der Finanzkrise, die alle europäischen Länder betrifft, konzentrierten sich die Ankündigung von Mitteleinsparungen im öffentlichen Dienst auch auf das Personal der Finanzverwaltung. Die UFE hält Personaleinsparungen in den Steuerverwaltungen als kontraproduktiv. Die Steuerverwaltungen der europäischen Staaten beschaffen und sichern die Mittel, die die Politik zur Gestaltung des Staates und zur Erfüllung der Aufgaben notwendig braucht. Die UFE erinnert daran, dass der 2009 in

Zuständigkeit des seinerzeitigen Kommissars Laslo Kovac erstellte Bericht für den europäischen Rat und das europäische Parlament die Mängel an Personal und Ausbildung als Hauptgründe für das Fehlen von Effizienz im Kampf gegen Steuerbetrug klar identifiziert hat. Die UFE fordert daher, dass in allen Staaten der Steuerverwaltung erste Priorität eingeräumt wird. Dass heißt, die Steuerverwaltungen müssen personell gut ausgestattet sein und das Personal muss besonders gut ausgebildet und korrekt bezahlt sein. Denn das ist die Voraussetzung um auch jene an die Kasse zu holen können, die sich vor dem Zahlen drücken wollen.

Von Bürgerinnen und Bürgern werden Steuern nur akzeptiert, wenn sichergestellt ist, dass alle Steuerpflichtigen ihre nach dem Gesetz geschuldeten Steuern zahlen.

► Die korrekte Nutzung des Werkzeugs Risikomanagement

Die Befassung der EU-Kommission mit den Instrumenten Risikomanagement und Tax-Compliance ist zu begrüßen. Es muss aber deutlich erkennbar sein, dass Risikomanagementsysteme nicht dazu ge-



nutzt werden, einen Personaldefizitbestand zu kaschieren. Die UFE warnt davor, das Risikomanagement zur Reduzierung von Personal zu missbrauchen. Durch das Risikomanagement frei werdende Personalmittel müssen dazu eingesetzt werden, prüfwürdige Fälle, deren Bearbeitung bisher nicht in der notwendigen Tiefe aufgrund Personalmangels möglich war, intensiv zu bearbeiten.

► Kontrolle vor Vertrauen

Der Begriff „Tax-Compliance“ darf nicht als Instrument dafür genutzt werden, das Problem fehlender Personalkapazitäten durch die Annahme zu verschleiern, die Steuerbürger würden ihre steuerlichen Pflichten schon erfüllen. Voraussetzung dafür ist zunächst eine Prüfung der Steuerpflichtigen hinsichtlich der Erfüllung ihrer steuerlichen Pflichten, um dem Steuerbürger dann, gegebenenfalls nach Zertifizierung, mit weniger intensiven Prüfungen und einer Ausdehnung des Prüfungsturnus entgegenzukommen.

► Steuerstrafrechtliche Ermittlungen nur durch Steuerexperten

In wenigen europäischen Ländern erfolgt die Ermittlung und Verfolgung von Steuerstraftaten durch die Polizei beziehungsweise es bestehen Pläne, sie der Polizei zu übertragen. Dies ist weniger effizient, da die allgemeine Polizei mangels Ausbildung im Steuerrecht hierzu nicht in der Lage ist.

Die UFE fordert, dass die Strafverfolgung und Ermittlung in allen europäischen Ländern von einer speziellen Stelle – Finanzpolizei oder Steuerfahndung – unter der Zuständigkeit der Finanzverwaltung organisiert und mit ausreichend Personal ausgestattet wird.

► Erkenntnisquellen rückhaltlos ausschöpfen

Ermittlungshindernisse, die unter dem Deckmantel des Datenschutzes die Arbeit der Steuerverwaltung behindern und im Ergebnis nur dem Schutz des Steuerunehrlichen dienen, sind umgehend zu beseitigen.

Der richtige Weg ist zudem die Ausschöpfung aller sich bietenden Erkenntnisquellen. Dazu gehören auch der Ankauf und die Verwertung von Datenträgern mit Informationen über Steuer Sünder durch staatliche Stellen.

Europaweit müssen spezielle Rechtsgrundlagen für den Ankauf und die Verwertung von angekauften Steuerdaten geschaffen werden.

► Steueramnestien sind kontraproduktiv

Im Zuge des Ankaufs und der Verwertung von Steuerdatenträgern in Deutschland ist deutlich zutage getreten, dass nur der Druck einer möglichen Aufdeckung Garant für Steuerehrlichkeit ist. Aus Angst vor Entdeckung und Bestrafung haben sich aufgrund des Ankaufs von Steuerdaten durch die Bundesrepublik Deutschland 2009/2010 mehr als 25 000 Steuersünder selbst angezeigt und Steuern nachgezahlt.

Dabei übertraf das Ergebnis bei weitem das enttäuschende Ergebnis der 2004/2005 in Deutschland durchgeführten Steueramnestie.

Auch die Steueramnestien in anderen europäischen Staaten haben nicht die staatlicherseits erwarteten Effekte gebracht, andererseits aber verheerende Auswirkungen auf die Steuermoral gehabt. Denn von ihnen wird an die bisher Steuerehrlichen das Signal ausgesandt, sie seien die Dummen, Steuerehrlichkeit lohne sich nicht, man brauche nur auf die nächste Amnestie zu warten.

► Verwaltungszusammenarbeit verbessern

Die UFE fordert, den Steuerbetrug in Europa effizienter zu bekämpfen. Zum einen durch eine Verbesserung der Verwaltungszusammenarbeit, zum anderen durch schließen der Gesetzeslücken.

Die Einrichtung von Eurofisc ist zu begrüßen. Nach Vorstellung der UFE wäre eine eigenständige Behörde vorzuziehen. Wenn dies politisch nicht gewollt ist, so ist von den nationalen Behörden durch ausreichendes Personal sicherzustellen, dass die europäische Zusammenarbeit effizient funktioniert.

► Zinsrichtlinie weist nach wie vor Defizite auf

Die EU-Zinsrichtlinie enthält nach wie vor erhebliche Regelungslücken und gilt nur für natürliche Personen. Dies bietet dem Anleger vielfältige Möglichkeiten, die Zinsbesteuerung auf legalem Weg zu umgehen. Zum Beispiel werben einige europäische Länder mit dem Finanzmarktprodukt „Ein-Mann-Fonds“, das es dem Steuerpflichtigen ermöglicht, sein Privatvermögen juristisch von der natürlichen Person zu trennen, um sich so aller Steuerlasten zu entledigen. Weiteres Manko ist, dass Zinsen besteuert werden, nicht aber Dividenden und Kursgewinne. Die UFE fordert daher, dass auch Gewinne aus kumulierenden Fonds, Hedge-Fonds, Zertifikaten, Derivaten, Optionscheinen, Aktien und andere ähnliche Finanzprodukte in den Geltungsbereich der Zinsrichtlinie aufgenommen werden. Die UFE erwartet, dass die Kommission stärker als bisher die Schließung der systematischen Lücken vorantreibt.

► Verursacher an den Kosten der Finanzkrise beteiligen

Die UFE setzt sich nachdrücklich für die Einführung einer europaweit einheitlichen Finanztransaktionssteuer ein. Sie schlägt dazu einen Steuersatz von 0,5 Prozent vor. Sie vertritt die Auffassung, dass die Verursacher der Finanzkrise die Folgekosten zu tragen haben. Darüber hinaus müssen Finanzspekulationen und zweifelhaftes Finanzprodukte eingeschränkt und bekämpft werden.

Die Einnahmen aus dieser Transaktionssteuer werden zu einer deutlichen Entlastung der nationalen Haushalte aller Mitgliedsländer und damit aller Bürger Europas führen. ■

Top Tagesgeld – viel Grund zur Freude!

Wüstenrot – eine Bausparkasse für den öffentlichen Dienst.

Partner im dbb vorsorgewerk

Top Tagesgeld

1,33%¹⁾
Ab dem ersten Euro!

Diese Vorteile bietet Top Tagesgeld:

- Kostenlos und täglich verfügbar.
- Anlagebetrag unbegrenzt. Sie entscheiden, wie viel Sie anlegen.
- Auszahlungen jederzeit online oder telefonisch.



Bonus für dbb-Mitglieder:
Gutschein im Wert von 25 EUR bei Neuabschlüssen bis 31. Dezember 2010³⁾.



Schnell auf www.dbb-vorsorgewerk.de
oder E-Mail an: vorsorgewerk@dbb.de
oder gleich anrufen: 0180 5222170²⁾
(Montag bis Freitag: 8 – 18 Uhr)

1) Zinssatz p.a., variabel, Stand 14.09.2010.

2) 14 Cent/Min. aus dem dt. Festnetz, max. 42 Cent/Min. aus dem Mobilfunknetz. Anrufe aus dem Ausland weichen hiervon ab.

3) Voraussetzung ist eine Mindesteinzahlung in Höhe von 2 000 Euro bis zum 31.03.2011.

DSTG-Jugend begrüßt bundesweiten Anstieg der Anwärterzahlen

Vom 10. bis 12. September 2010 tagte der Bundesjugendausschuss der DSTG-Jugend in der Freien Hansestadt Bremen.

Zum Auftakt der Veranstaltung konnte die Bundesjugendleitung prominente Gäste aus Gewerkschaft und Verwaltung begrüßen.

Winfried Noske, Vorsitzender des DSTG-Landesverbandes Bremen, berichtete in seinem Grußwort über die in seinem Land aktuellen gewerkschaftspolitischen Ereignisse. Seine Schwerpunkte setzte er im Bereich der Nachwuchsgewinnung und bei den Perspektiven, wie sich der Personalbestand entwickeln wird.

Im Anschluss daran stellte der Leiter der Steuerabteilung, Jürgen Albers, seine Position zur Thematik „Jugend in der bremischen Steuerverwaltung“ dar. Zu Beginn seiner Ansprache lobte er die jungen Kolleginnen und Kollegen für die gute Arbeit, die trotz schwieriger Arbeitsbedingungen geleistet werde. Die Mitarbeiter müssten sich den politischen Vorgaben, ob Qualität oder Quantität gewünscht sei, beugen. Im weiteren Verlauf thematisierte Albers den in Bremen angebotenen Studiengang Internationales Steuer- und Wirtschaftsrecht sowie die zum 1. September 2010 eingegangene Kooperation der Länder Bremen, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern im Rahmen der neu gegründeten Norddeutschen Akademie für Steuern und Finanzen (Ausbildung des gehobenen Dienstes). Dabei betonte er, dass der Zusammenschluss nichts an der internen Ausbildung ändere.

> DSTG magazin | Oktober 2010



> Der DSTG-Bundesjugendausschuss in der Freien Hansestadt Bremen.

Für die Bundesleitung der DSTG war der stellvertretende Bundesvorsitzende Manfred Lehmann nach Bremen angereist. Nach kurzen Statements zu Themen wie Entwicklungen im Steuerrecht, Fortgang von KONSENS und dem Einsatz des Risikomanagements bei der Auswertung der Rentenbezugsmittelungen, bezog er, wie seine Vorredner, zur aktuellen Personalpolitik Stellung. Nachdem bis vor kurzem noch Personal zu Gunsten künftiger Automatisierungserfolge abgebaut wurde, stiegen die Anwärterzahlen derzeit bundesweit. Dieser Umbruch müsse von den Beschäftigten und der Öffentlichkeit stärker wahrgenommen werden, denn „Steuern zahlen, Steuern einnehmen (sei) cool!“

Im weiteren Verlauf der Veranstaltung beschäftigten sich die Teilnehmer mit jugendspezifischen Themen. Sandra Hennig, Vorsitzende der dbb jugend und Mitglied der DSTG, gab Einblick in das aktuelle Geschehen im Dachverband. Sie berichtete unter anderem über ihre Erfahrung mit Politikergesprächen, Seminarangebote sowie Austauschprogrammen und stimmte die Anwesenden auf die für das nächste Frühjahr

anstehenden Tarifverhandlungen der Länder ein.

Für den Arbeitskreis Ausbildung erläuterte Doreen Trautmann in ihrer Funktion als Vorsitzende dieses Gremiums die Ergebnisse einer Klausurtagung. Außerdem wurden die nächsten Vorhaben erläutert und besprochen.

Ein wichtiger Punkt auf der Agenda war die im Rahmen des Frühjahrs-BJA in Regensburg entwickelte Idee, die Anwärterwerbestrategien der einzelnen Verbände vorzustellen. Zum Auftakt dieser Infor-



> DSTG-Jugend im Gespräch mit Gewerkschaftsspitze und Verwaltung. V.l. n. r.: stellvertretender DSTG-Bundesvorsitzender Manfred Lehmann, DSTG-Bundesjugendvorsitzender Torsten Schlick, Leiter der Steuerabteilung Jürgen Albers, stellvertretende DSTG-Bundesjugendvorsitzende Teresa Baumgartner, Vorsitzender des DSTG-Landesverbandes Bremen Winfried Noske, stellvertretende Bundesjugendvorsitzende Johanna Mieder.

mationsreihe hatten sich dankenswerterweise Markus Pitzius, Vorsitzender der DSTG-Jugend Saar, sowie Karin Woll, Vorsitzende des Bezirksverbands Düsseldorf, bereiterklärt, ihre Werbekonzepte zu präsentieren.

Auf Wunsch der Teilnehmer wurde außerdem über die Ausbildung für das Bundeszentralamt für Steuern (BZSt) gesprochen. In diesem Jahr werden im Rahmen einer Ausbildungskooperation 119 Anwärter von den Ländern Baden-Württemberg, Brandenburg, Bremen, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen für das BZSt ausgebildet. Einige der Betroffenen berichteten, dass die Aufnahme der ersten Gruppe von Auszubildenden nicht ganz reibungslos verlaufen ist. Zwischenzeitlich sei eine positive Entwicklung bei der Kommunikation zwischen den mit der Ausbildung betrauten Personen zu erkennen. Die Bundesjugendleitung wird diese Thematik mit wachsenden Augen weiter beobachten.

Präsentiert wurde die modernisierte Homepage. Unter <http://www.dstg-jugend.de> stellt die Bundesjugend Informationen über Ihre Arbeit, Positionspapiere sowie aktuelle Angebote – zum Beispiel zum vergünstigten Bezug des Magazins „Steuer und Studium“ im Rahmen einer Kooperation mit dem NWB-Verlag – zur Verfügung.

Die DSTG-Bundesjugendleitung dankt allen Teilnehmern und Gästen für den regen Informationsaustausch und die gelungene Tagung! ■

Steuerfahnder müssen auch im Rotlichtmilieu tätig werden

Nach wie vor erfreuen sich die von der DSTG in Zusammenarbeit mit der dbb akademie veranstalteten Steuerfahndungsseminare großer Beliebtheit. In Vertretung für den terminlich verhinderten DSTG-Bundesvorsitzenden Dieter Ondracek konnte sein Stellvertreter Helmut Overbeck als Seminarleiter 30 Kolleginnen und Kollegen aus den Steuerfahndungen der Länder im dbb forum siebengebirge in Königswinter-Thomasberg begrüßen. Die Kolleginnen und Kollegen hatten somit Gelegenheit, neue Kenntnisse zu erwerben und ihre Erfahrungen auszutauschen.

Das Seminarprogramm hatte wieder einiges zu bieten und die Themenauswahl führte zu angeregten Diskussionen.

So zum Beispiel beim Vortrag der Referenten Heribert Sängler und Michael Eggers von der Steuerfahndung Saarbrücken, die sich als Thema die „Rotlichtbesteuerung und Erfahrungen mit dem Düsseldorfer Modell“ ausgesucht hatten. Selbstständig tätige Prostituierte haben die Möglichkeit, am sogenannten Düsseldorfer Verfahren teilzunehmen. Bei diesem Verfahren handelt es sich um ein vereinfachtes Vorauszahlungsverfahren.

Reinhard Lessner vom FA Dortmund-Hörde untersuchte „Die Selbstanzeige im Wandel der BGH-Rechtsprechung“ und stellte in einem weiteren Vortrag anhand einiger Rechtsprechungsfälle des BGH und des BFH „Die strafrechtliche Verantwortung des Steuerberaters“ eindrucksvoll dar.

Über seine neue Tätigkeit im Büro für Euregionale Zusammenarbeit in Maastricht (nie-



> Seminarleiter Helmut Overbeck (li.) mit den Steuerfahnderinnen und Steuerfahndern aus dem gesamten Bundesgebiet in Königswinter-Thomasberg.

derl.: Bureau Euregionale Samenwerking – BES) informierte Oberstaatsanwalt Jürgen Kapplinghaus die Kolleginnen und Kollegen. Jürgen Kapplinghaus aus Düsseldorf gilt als ausgewiesener Experte auf dem Gebiet der internationalen Strafverfolgung und ist daher mit seiner Behörde auch ein Ansprechpartner für Steuerfahndungen. Ziel des BES ist es, die Strafverfolgung der grenzüberschreitenden Kriminalität zu verbessern, zu erleichtern und zu beschleunigen. Gemeinsam mit Staatsanwälten aus Deutschland, den Niederlanden und Belgien soll die grenzüberschreitende Kriminalität besser koordiniert und bekämpft werden.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren sich in dem Abschlussgespräch einig, dass die DSTG-Fahnderseminare eine wichtige Plattform für neue Erkenntnisse und Informationen sowie den unentbehrlichen Erfahrungsaustausch bilden und unbedingt weiter im Seminarangebot der DSTG enthalten sein sollten. ■



> Ebenso wie zu den Steuerberatern hält die DSTG auch Kontakt zu den Lohnsteuerhilfvereinen. Zu einem Meinungsaustausch über aktuelle steuerpolitische Maßnahmen kamen DSTG-Chef Dieter Ondracek sowie Geschäftsführer Uwe Rauhöft und Verbandssprecher Ingo Bettels vom Neuen Verband der Lohnsteuerhilfvereine am 15. September 2010 in Berlin zusammen. Auf der Agenda standen unter anderem die Eckpunkte des Jahressteuergesetzes 2010 sowie aktuelle Vorschläge zur Steuervereinfachung, die in allen Parteien und Fraktionen des Bundestags kursieren.

Deutschlandturnier der Finanzämter mit 1 400 Sportlerinnen und Sportlern

14 Jahre nach einem gelungenen Deutschlandturnier richtete das Team Winfried Roder, Rolf Mirbach und Alois Sories in gleicher Besetzung vom 2. bis 4. September 2010 die größte Veranstaltung des Finanzsports wieder in Aachen aus.

Am Donnerstagabend fand die offizielle Eröffnungsfeier auf dem Platz vor dem neuen Aachener Tivoli statt. Die Sportler der DSTG-Landes- und Bezirksverbände marschierten „olympisch“ unter den Klängen des Bundestambourkorps „Alte Kameraden 1922 Würselen e.V.“ ein und wurden herzlich begrüßt, wobei auf den vollbesetzten Balkonen viele prominente Gesichter aus Politik, Verwaltung und Gewerkschaft zu sehen waren.

Der Schirmherr der Veranstaltung, der Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen Dr. Norbert Walter-Borjans, zeigte sich beeindruckt von der Sportbegeisterung der Beschäftigten der Finanzverwaltungen aus ganz Deutschland. Er dankte den Organisatoren für ihre hervorragende Arbeit und zeigte seine Verbundenheit mit der Veranstaltung, indem er sich ein gelbes T-Shirt, welches die Organisatoren kenntlich machte, spontan überstreifte. Er wünschte allen einen unfallfreien und erfolgreichen Verlauf.

DSTG-Bundesvorsitzender Dieter Ondracek nahm in seinem Grußwort die positive Stimmung auf und verdeutlichte dem Minister, dass die Motivation der mehr als 1 000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer heute und in den nächsten Tagen dem Sport gilt, dass dieser Ansporn und die Begeisterung auch im Arbeitsalltag der Finanzämter erlebbar ist, wenn



Ein spannendes Endspiel lieferten sich die Mannschaften des bis dahin amtierenden Deutschen Meisters aus Recklinghausen und der FSG Hamburg.

© Walter Kaulen, FA Aachen-Stadt

die Politik nicht Sand ins Getriebe bringt. Ordentliche Bezahlung und Beförderungschancen sowie die Gestellung von ausreichendem Personal sind hier eine wichtige Triebfeder.

Rainer Hengst, Vorsitzender der DSTG BV Köln, begrüßte seinerseits alle Teilnehmer und machte deutlich, dass die DSTG BV Köln die Organisation nach Kräften unterstütze. Eröffnet wurde das Turnier vom Vorsitzenden der Deutschen Finanzsporthilfe (DFSH) Josef Küpper.

Und dann ließen es die Aachener krachen im neuen Tivoli!

Nicht nur der reibungslose Service, sondern auch die Liveband „JUST FOR FUN“ sorgten an beiden Turnierabenden für ausgelassene Stimmung in den V.I.P.-Räumen von Alemannia Aachen. In der Disco herrschte Hochbetrieb.

Bei der Tombola gab es zwar „nur“ 20 Preise zu gewinnen. Aber was für welche! Der Hauptpreis, ein FIAT PANDA, war das Objekt der Begierde.

Fast 1 400 aktive Sportlerinnen und Sportler aus Finanzämtern der gesamten Bundesrepublik lieferten sich beim

35. Deutschlandturnier der Finanzämter in der traditionsreichen Kaiserstadt Aachen spannende Wettkämpfe.

Die einzelnen Sportstätten verteilten sich über das ganze Stadtgebiet.

► Fußball

Nach den Vorrunden auf Asche und Kunstrasenplätzen wurden die Spiele um Platz 3 und das Finale auf dem Hauptplatz im neuen Tivoli-Stadion ausgetragen.

Das Spiel um Platz 3 bestritt das FA Groß-Gerau sowie die BSG Nordfriesland/Neumünster, die in Trikots des FA Husum antraten. Die 2. Halbzeit wurde angepfeift, als einer der Zuschauer auf den Rängen rief, die „Husumer“ spielen nur mit zehn Spielern. Alle Zuschauer fingen an zu zählen, bis einer lauter rief „eh, ihr spielt nur zu zehnt“. Daraufhin guckte ein Ersatzspieler unter dem Dach der Ersatzbank hervor und fragte was los sei. Es kam von den Rängen, „ihr spielt nur zu zehnt“. Daraufhin fing der Er-



Als kleines Dankeschön für ihre Arbeit und Entbehrung, die sie bei der Vorbereitung des Deutschlandturniers 2010 in Aachen auf sich genommen haben, erhielten die Orga-Teamleiter den Turnierwimpel, v. l.: Alois Sories, DFSH-Vorsitzender Josef Küpper, Winfried Roder, DFSH-Geschäftsführer Heinz Gewehr und Teamchef Rolf Mirbach.

© Windmüller

satzspieler an zu zählen. Das Spiel lief inzwischen schon zehn Minuten und „Husum“ lag 0:2 zurück. Er zog sich in Windeseile den Trainingsanzug aus und stürmte aufs Feld. Alles lachte und einer rief: „Wir begrüßen den elften Spieler“. Gewonnen hat das FA Groß-Gerau mit 2:0.

Das Endspiel zwischen Hamburg und Recklinghausen war ein hochklassiges Match zweier starker Mannschaften. Das erste Tor, nach fünf Chancen für Hamburg, fiel allerdings für Recklinghausen, dem Vorjahressieger.

Chancen über Chancen für Hamburg, die lange Zeit nicht umgesetzt wurden. Aber dann glich Hamburg zum 1:1 aus.

Die 2. Halbzeit endete ebenfalls unentschieden. In der

1. Verlängerung erzielte Hamburg völlig verdient das Führungstor zum Endstand von 2:1.

Im Fußballstadion ehrten der stellv. DSTG-Bundesvorsitzende und zugleich DSTG-Landesvorsitzende Manfred Lehmann zusammen mit dem DFSH-Vorsitzenden Josef Küpper unter der Teilnahme zahlreicher Ehrengäste die Sieger.

> Schach

Sieger in der Einzelwertung wurde der hohe Favorit Hajo Vatter vom Bezirksverband Baden. Er gewann am ersten Tag alle sechs Partien und konnte am zweiten Tag mit drei Remispartien sicher den Sieg mit 7,5 Punkten einfahren. Zweiter wurde Alexander Okrajek vom BV BMF mit 6,5 Punkten, Dritter Marco Dittmann vom LV



> Höchste Konzentration war erforderlich, um beim Schachturnier zu bestehen. © Windmüller

Niedersachsen und Vierter Pieter Brouer vom LV Sachsen-Anhalt mit ebenfalls 6,5 Punkten, nur durch die Buchholzwertung getrennt.

Bei den Zweiermannschaften schaffte das Team Baden in der Besetzung Hajo Vatter und Günther Blaich mit 12,5 Punk-

ten den 1. Platz, gefolgt von Alexander Okrajek und Eckhardt Schmidt vom BV BMF mit zwölf Punkten. Dritter wurde der BV Württemberg in der Besetzung Marc Kreuzahler und Dietmar Teller mit 11,5 Punkten vor dem LV Niedersachsen mit Marco Dittmann und Uwe Daleszynski mit 10,5 Punkten.

Kleine Jobs im Haushalt: als Minijob offiziell unfallversichert.

Unfälle in Haus und Garten sind schnell passiert: Melden Sie deshalb Ihre Haushaltshilfe ganz einfach über die Minijob-Zentrale an. So wird Ihr Minijobber offiziell unfallversichert – und Sie als Arbeitgeber profitieren nicht nur von Steuervorteilen und niedrigen Pauschalabgaben. Sondern sparen sich auch möglichen Ärger.

Anmeldung und Beratung unter www.minijob-zentrale.de oder 01801 200 504*.
* Festnetzpreis 3,9 Cent/Minute; höchstens 42 Cent/Minute aus Mobilfunknetzen

► Tennis

Bei den Damen waren nur 13 Teilnehmerinnen am Start, darunter die Vorjahresfinalistinnen. Im Laufe des Turniers stellte sich heraus, dass ein neues Gesicht das diesjährige Damenturnier gewinnen könnte, denn Vanessa Heute marschierte in der oberen Hälfte sicher ins Finale und schlug dabei auch die an Nummer 1 gesetzte Vorjahressiegerin Susanne Katzmarek glatt in zwei Sätzen. In der unteren Hälfte setzte sich die an Nummer 3 gesetzte Ines Scheidegg nach spannenden Viertel- und Halbfinalspielen durch.

Aber auch Ines Scheidegg war im Finale gegen Vanessa Heute chancenlos. Im Spiel um Platz 3 siegte Desiree Jäckle gegen Anja Picard.

Bei den Herren war nach der Absage des Vorjahressiegers Eric Vieweger das 22er Feld sehr ausgeglichen. Von acht gesetzten Spielern erreichten sieben das Viertelfinale sowie der ungesetzte Stephan Fritz, der sich bis ins Finale kämpfte. In der oberen Hälfte setzte sich unser Europameister Daniel Krämer in allen Spielen locker durch, der auch im Finale gegen Stephan Fritz mit 6-2, 6-2 gewann und nun auch deutscher Meister in der Finanzverwaltung ist. Im Spiel um Platz 3 setzte sich bei den Männern Florian Roß gegen Daniel Moritz durch.

► Tischtennis

Das Tischtennisturnier wurde in der Sporthalle im Schulzentrum Aachen-Brand unter der bewährten Regie von Michael Thomas und seinem Team ausgetragen. 20 Herren- und 13 Damenteams nahmen teil. Beim Mannschaftswettbewerb am Freitag wurde zunächst in Gruppen und anschließend ab Viertelfinale K.-o.-System gespielt.

Bei den Herren erreichten die Titelverteidiger aus Hessen als erstes Team das Halbfinale ge-



► Der stellv. DFSH-Vorsitzende Markus Scholl nahm die Siegerehrung der erfolgreichen Tennisspielerinnen und -spieler vor.

© Frank Jansen, FA GKBP Aachen

gen die Mannschaft vom LV Hamburg, das mit 4:1 gewonnen wurde. Im zweiten Halbfinale spielten die Lokalmatadoren Finanzamt GKBP (Groß- und Konzern-BP) Aachen gegen das Finanzamt Neuss und setzten sich nach spannendem Spielverlauf knapp mit 4:3 durch.

Das anschließende Finale war mit 4:0 Punkten eine klare Angelegenheit für das Team aus Hessen, das somit seinen Titel wieder einmal erfolgreich verteidigen konnte.

Bei den Damen lauteten die Halbfinals FSG Rheinland-Pfalz gegen SG Westfalen, das mit 4:2 für Westfalen endete und Titelverteidiger OFD Rheinland I gegen LV Berlin, bei dem sich überraschend die Damen aus Berlin mit 4:1 klar durchsetzen konnten. Das Finale SG Westfalen – LV Berlin war an Spannung kaum noch zu überbieten und endete daher auch nur sehr knapp mit 4:3 für die SG Westfalen.

Im Einzelturnier siegte bei den Herren Titelverteidiger Martin Schlicht vom LV Hessen zum fünften Mal in Folge, nachdem er sich im Halbfinale gegen seinen Teamkollegen Ralf Neul mit 3:1 durchgesetzt hatte. Im Endspiel gab es dann einen klaren 3:0-Sieg gegen Karsten Reinicke aus Hamburg, dem

zuvor Marius Spohr von der OFD Koblenz nach einem 3:2 zum Finaleinzug gratulieren durfte.

Bei den Damen gewann Titelverteidigerin Katrin Sachs vom LV Hessen das erste Halbfinale gegen Sabrina Blum von der FSG Saar relativ klar mit 3:0, während das 3:2 von Andrea Wahlers aus Niedersachsen im zweiten Halbfinale am Nachbartisch schon als kleine Sensation ver-



► Martin Schlicht aus Hessen konnte an seine Erfolge bei den Tischtenniswettbewerben in den Jahren 2006 bis 2009 anknüpfen und sicherte sich den ersten Platz mit einem Sieg gegen Karsten Reinicke aus Hamburg. © Windmüller

bucht werden durfte. Umso größer war selbst für Andrea Wahlers die Überraschung, als sie mit 3:2 das Endspiel für sich entscheiden und somit zum ersten Mal den Titel erringen konnte.

► Kegeln

Monate vorher hat Ditmar Gatzen bereits die Exceltabellen für die Ergebnisse und für die Präsentation im Internet vorbereitet. Die Zahl der Anmeldungen sprengte den vorgesehenen zeitlichen Rahmen. Zusätzlich zu Freitag und Samstag mussten die Organisatoren Ditmar und Ludwig noch den Donnerstag als Turniertag mit einbeziehen.

Als Erste gingen die Sportler des Finanzamts Bergheim an den Start. Sie legten in den Einzeln und der Mannschaftswertung beachtliche Holzzahlen vor – na ja; schließlich waren sie auf ihrer Heimbahn. Am Freitag ging es schon am frühen Morgen los. Trotz der Feier am Vortag waren alle Starter pünktlich vor Ort. Nicht nur diese, sondern auch die Helferinnen und Helfer auf den acht sehr gut gepflegten Kegelbahnen. Die Kegerinnen, die von Ludwig Dumoulin und seinem Team betreut wurden, erreichten alle die Holzzahl, die sie sich erhofft hatten. Erstaunlich auch, dass die Kegler, die nur Asphaltbahnen kannten, doch sehr gute Ergebnisse abräumten.

Ditmar Gatzen hatte die EDV voll im Griff, so dass alle Ergebnisse laufend sichtbar gemacht wurden und jeder seine Leistung in den Tabellen – sowohl Mannschaft als auch Einzel – zeitnah sehen konnte. Die Siegerehrung wurde von der stellv. DFSH-Geschäftsführerin Christa Röglin vorgenommen.

► Bowling

Das etwas betagte Bowlingcenter verfügte lediglich über elf Bahnen. Dennoch freuten sich alle Teilnehmer, dass der Wettbewerb überhaupt ausgerichtet wurde. Es hatten 22 Damen- und 35 Herrenmannschaften, bestehend aus je vier Spielerinnen bzw. Spielern, für die Teilnahme gemeldet. Mixedteams starteten bei den Herren. Die 1. Herrenmannschaft des LV Bre-



➤ Am Rande der Eröffnungsfeier nutzen DSTG-Chef Dieter Ondracek und NRW-Finanzminister Dr. Norbert Walter-Borjans die Gelegenheit zu einem ersten Gespräch. © Windmüller

men erreichte dabei auf der äußerst schwierig zu spielenden Bahn den 1. Platz und wurde Deutscher Finanzamtsmeister.

➤ Volleyball

31 qualifizierte Volleyballmannschaften hatten sich gemeldet. Es wurden jeweils zwei Sätze gespielt und die Gewinnsätze und die Punktezahl gewertet. Die Vorrundenspiele waren hart umkämpft und es gab die erwarteten spannenden Spiele. Unter den 16 qualifizierten Mannschaften für die Finalrunde war auch die Mannschaft des Ausrichters FAZ Aachen. Die Sporthalle „tobte“ bei diesen hervorragenden Volleyballspielen.

Im Spiel um Platz drei siegte die FSG Hamburg gegen die SG Düsseldorf in zwei Sätzen jeweils mit 15:9 Punkten. Nach zwei Gewinnsätzen (25:20 und

25:16) wurde in einem tollen Finale das FA Regensburg vor dem LV Niedersachsen I Deutscher Finanzsportmeister.

DSTG-Chef Dieter Ondracek, die Vorsteherin des Finanzamtes Aachen-Stadt, Ute Pullen, und der Organisationsleiter Volleyball, Ernst Einerhand, führten die Siegerehrung für das Volleyballturnier in der Volleyballhalle durch.

➤ Skat

Bereits während des 21. Deutschlandturniers der Finanzämter 1996 in Aachen gab es eine Deutsche Skat-Meisterschaft der Finanzämter. Dieses Turnier, das bisher nur einmal am Ort eines Deutschlandturniers veranstaltet wurde, wurde in Aachen wieder ins Rahmenprogramm aufgenommen. 57 Kolleginnen und Kolle-

gen nahmen in 14 Mannschaften am Skatturnier teil. Gespielt wurde in den V.I.P.-Räumen von Alemannia Aachen.

Das Orgateam aus Aachen und das gesamte Helferteam bedankten sich bei allen Sportlern für das faire, sportliche und

menschlich angenehme Verhalten und bei allen Sponsoren, die mit ihrer großzügigen Unterstützung wesentlich zum Gelingen des Turniers beigetragen haben.

„Wir freuen uns alle auf Esslingen 2011“.

Ergebnisse des 35. Deutschlandturniers der Finanzämter 2010 in Aachen

Fußball

1. FSG Hamburg
2. FA Recklinghausen
3. FA Groß-Gerau
4. BSG Nordfriesland/Neumünster

Fußball (Trostrunde)

1. FA Bad Bentheim
2. FA München-Körperschaften
3. FA Koblenz
4. SG FA/SenFin Bremen

Tennis – Damen

1. Vanessa Heute (BV Westf.-Lippe)
2. Ines Scheidegg (BV Düsseldorf)
3. Desiree Jäckle (LV Rheinl.-Pfalz)
4. Anja Picard (BV Düsseldorf)

Tennis – Herren

1. Daniel Krämer (LV Saar)
2. Stephan Fritz (BV Württemberg)
3. Florian Roß (LV Hessen)
4. Daniel Moritz (BV Düsseldorf)

Tischtennis – Mannschaft – Damen

1. SG Westfalen
2. LV Berlin
3. OFD Rheinl. I und OFD Koblenz I

Tischtennis – Mannschaft – Herren

1. LV Hessen
2. FA GKBP Aachen
3. FA Neuss und LV Hamburg

Tischtennis – Einzel – Damen

1. Andrea Wahlers (LV Niedersachsen)
2. Katrin Sachs (LV Hessen)
3. Sabrina Blum und Melanie Frisch (beide LV Saar)

Tischtennis – Einzel – Herren

1. Martin Schlicht (LV Hessen)
2. Karsten Reinicke (LV Hamburg)
3. Ralf Neul (LV Hessen) und Marius Spohr (LV Rheinland-Pfalz)

Schach – Einzel

1. Hans-Joachim Vatter (BV Baden)
2. Alexander Okrajek (BV BMF/ZIVIT)
3. Marco Dittmann (LV Niedersachsen)
4. Pieter Brouer (LV Sachsen-Anhalt)

Schach – Mannschaft

1. BV Baden
2. BV BMF/ZIVIT
3. BV Württemberg I
4. LV Niedersachsen

Bowling – Damen – Einzel

1. Maria Baade (BV Württemberg)
2. Birgit Kaminski (LV Hamburg)
3. Carmen Lüdeke (LV Hamburg)
4. Sigrid Lippmann (BV Düsseldorf)

Bowling – Damen – Mannschaft

1. LV Hamburg I
2. LV Brandenburg
3. FA Waiblingen
4. FA Lüneburg

Bowling – Herren – Einzel

1. Hans-Peter Weber (BV Württemberg)
2. Dirk Konrad (LV Brandenburg)
3. Joachim Zacharias (LV Niedersachsen)
4. Sven Petersen (LV Bremen)

Bowling – Herren – Mannschaft

1. LV Bremen I
2. LV Brandenburg
3. FSG Kiel I
4. FSG Düsseldorf I

Kegeln – Damen – Einzel

1. Sarah Komoß (RZF Düsseldorf)
2. Tanja Wolf (FA Trier)
3. Gabi Markett (FA Kleve)
4. Silke Glanz (LV Berlin)

Kegeln – Damen – Mannschaft

1. FA Neuss I
2. FA Duisburg-Hamborn
3. FA Kempen
4. LV Berlin

Kegeln – Herren – Einzel

1. Werner Gorissen (FA Mönchengl.I)
2. Ludwig Dumoulin (FA Bergheim)
3. Herbert Schall (FA Bergheim)
4. Ditmar Gatzten (FA Bergheim)

Kegeln – Herren – Mannschaft

1. FA Bergheim
2. FA Mönchengladbach I
3. FA Trier I
4. FA Mönchengladbach II

Volleyball

1. FA Regensburg
2. LV Niedersachsen I
3. FSG Hamburg
4. SG Düsseldorf

Skat – Einzelmeisterschaft

1. Eckart Müller (FSG Niedersachs. I)
2. Norbert Paech (LV Hamburg)
3. Alf Ronniger (LV Sachsen-Anhalt I)
4. Johannes Modest (LV Sachsen-Anhalt II)

Skat – Mannschaftsmeisterschaft

1. LV Sachsen-Anhalt I
2. LV Hamburg
3. FA Aachen-Stadt
4. FSG Mecklenburg-Vorpommern I

Ausführliche Ergebnislisten und Fotos sind im Internet unter <http://www.deutschlandturnier2010.de/> eingestellt.



➤ Das Volleyballturnier ist zu einem festen Bestandteil der jährlichen Deutschlandturniere der Finanzämter geworden. © Windmüller

DFSH-Mitgliederversammlung

Vor Beginn des 35. Deutschlandturniers der Finanzämter fand am 2. September 2010 die 22. Mitgliederversammlung der Deutschen Finanzsporthilfe (DFSH) im Casino in Aachen statt. Auf der umfangreichen Tagesordnung standen unter anderem der Bericht über die Vorbereitung des Turniers in Aachen durch die Kollegen Rolf Mirbach, Winfried Roder und Alois Sories, der Geschäfts- und Kassenbericht, ein Ausblick auf die Internationalen Finanzsportturniere und die Festlegung der Deutschlandturniere in den Jahren 2011 bis 2014.



> Vor der Turniereröffnung kam die Mitgliederversammlung der Deutschen Finanzsporthilfe (DFSH) zu ihrer 22. Sitzung im Casino in Aachen zusammen.
© Walter Kaulen, FA Aachen-Stadt

Die Austragung der Deutschlandturniere konnten nach Esslingen (15. bis 17. September

2011), nach Hessen (voraussichtlich Fulda im September 2012), nach Sachsen-Anhalt

(Wernigerode im September 2013) und nach Niedersachsen im September 2014 mit einem herzlichen Dank an die Kolleginnen und Kollegen für die Bereitschaft zur Ausrichtung vergeben werden.

Die Austragung des Internationalen Finanzsportturniers im Jahr 2011 steht demgegenüber noch nicht fest. Hier liegen nach dem Ausscheiden Griechenlands Bewerbungen Frankreichs und Ungarns vor, über die das zuständige Technische Komitee zu befinden hat. ■

Tarifkommission beriet in Hamburg über Datenschutz und Chancen für 2011

14

DFSH-Mitgliederversammlung/Tarifkommission

Mitte September dieses Jahres kam die Tarifkommission am Rande eines Tarifseminars unter Leitung ihres Vorsitzenden Helmut Overbeck zu ihrer 81. Sitzung in Hamburg zusammen.

Overbeck konnte in der Sitzung die stellvertretenden Bundesvorsitzenden Anne Schauer und Thomas Eigenthaler begrüßen, die über die gewerkschaftspolitischen Entwicklungen auf Bundesebene informierten.

Einen Schwerpunkt der Sitzung bildeten der Arbeitnehmerschutz und der damit verbundene Gesetzentwurf zur Regelung des Beschäftigtendatenschutzes. In einem sehr interessanten und wissensreichen Referat von Gregor Klöcker (Referent der dbb tarifunion und Datenschutzbeauftragter des dbb) war die Initiative zunächst eingehend vermittelt worden und konnte anschließend breit diskutiert werden.

Mit dem Urteil gegen die Vorratsdatenspeicherung setzte



> Die Mitglieder der DSTG-Tarifkommission berieten auf ihrer 81. Sitzung Mitte September in Hamburg über tarifpolitische Entwicklungen und Perspektiven für 2011.

das Bundesverfassungsgericht ein deutliches Zeichen für eine höhere Datensicherheit. Das Urteil fordert „anspruchsvolle und normenklare Regelungen“ was Datenschutz, Transparenz, Rechtsschutz für Betroffene und Zugriffsrechte der Behörden angeht. Allerdings zeigt sich in einer aktuellen Bestandsaufnahme auch, dass Missstände beim Datenschutz nach wie vor groß und Manipulationsmöglichkeiten an der Tagesordnung sind. Brisante Themen sind die Volkszählung 2011, die Elektronische Gesundheitskarte, der Elektronische Entgeltnachweis (ELENA), Biometrie, der Elektronische Reisepass und Personalausweis sowie das SWIFT-Abkommen zwischen der Europäischen Union und den USA.

Gegen ELENA und die Volkszählung (Zensus 2011) laufen zurzeit Verfassungsbeschwerden.

Weitere Themenschwerpunkte standen auf der Agenda, insbesondere der Ausblick auf die

Tarifrunde 2011 und die anstehenden Tarifverhandlungen mit den Ländern. Diskutiert wurde über mögliche Grundstrukturen des neuen Eingruppierungsrechts des TV-L, der leistungsbezogene Stufenaufstieg, Tarif- und Eingruppierungsfragen, die aktuelle Rechtsprechung im Ta-

rifbereich, die Entwicklung der Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes im Bereich der VBL sowie nicht zuletzt die Entwicklung und Einführung neuer Organisationsformen (zum Beispiel Elektronische Lohnsteuerkarte, Kfz-Steuerreform) und deren Auswirkun-

gen auf die Eingruppierung. Großen Raum nahmen in den Beratungen auch die Diskussionen um die geplante Strukturreform des dbb und der dbb tarifunion ein.

Abschließend dankte Helmut Overbeck dem gastgebenden

DSTG-Landesverband Hamburg für die Ausrichtung und hervorragende Organisation der Tagung. Ein besonderer Dank ging an den Vorsitzenden Michael Jürgens, das Vorstandsmitglied Jan Asmussen und das Kommissionsmitglied Wiebke Praschnig. ■

Bisher nur leere Worte zur Steuervereinfachung – Gesetzesflut hält an und nimmt zu

Die Gesetzesflut im steuerrechtlichen Bereich nimmt weiter zu, obwohl alle politischen Kräfte immer wieder den Vorsatz fassen und öffentlich bekräftigen, sich um Kontinuität und Vereinfachung bemühen zu wollen. Wie aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Parlamentarische Anfrage hervorgeht, wurden zwischen den Jahren 2007 und 2009 150 Änderungen an Steuergesetzen vorgenommen.

Die meisten Neuregelungen betrafen das Einkommensteuergesetz, welches in 61 Fällen verändert wurde. Das Körperschaftsteuergesetz wurde immerhin in 21 Fällen, das Umsatzsteuergesetz in 20 und das Gewerbesteuerrecht in 14 Fällen novelliert.

Die steuerpflichtigen Bürger beziehungsweise Unternehmen sehen sich bei der Abgabe von Steuererklärungen mit 61 zum Teil mehrseitigen Formularen konfrontiert – 25 dieser Formulare betreffen allein das Einkommensteuergesetz.

Interessant ist auch die Antwort der Bundesregierung auf die Frage, wie sich im Zeitraum von 2004 bis 2009 die Zahl der Planstellen inklusive Stellen für Tarifbeschäftigte in der Steuerverwaltung entwickelt hat. Waren am 1. Januar 2004 noch 119 041 Planstellen in der Steuerverwaltung ausgewiesen,

reduzierten sich diese bis zum 1. Januar 2009 auf 111 055.

Die Bundesregierung begründet die hohe Zahl der Gesetzesänderungen damit, dass sich verzweigte wirtschaftliche Strukturen und nicht zuletzt die in Folge der Globalisierung zunehmende wirtschaftliche Internationalisierung in einer zunehmenden Komplexität des Steuersystems niedergeschlagen hätten.

Nach Ansicht der DSTG beschreibt dieses Phänomen nur eine Seite der Medaille. Auf der anderen Seite stehen komplexe Einzelfallregelungen auf nationaler Ebene, unüberschaubare Verweisketten in Gesetzesnormen, zahlreiche Ausnahmeregelungen und eine Fülle von Sondertarifvorschriften.

Um solche ausufernden Tendenzen zu stoppen, hat neben den Bundesländern auch die Deutsche Steuer-Gewerkschaft einen Maßnahmenkatalog zur Steuervereinfachung vorgelegt, der derzeit von der Bundesregierung geprüft wird.

Grundrichtung der DSTG-Vorschläge ist eine weitere Verbesserung des steuerlichen Informationsaustauschs. Neben der Abschaffung des § 30 a Abgabenordnung setzt sich die DSTG im Hinblick auf eine dem Gleichmaß der Besteuerung entsprechende Erfassung der Kapitalerträge für eine Abschaf-

fung der Abgeltungsteuer ein, die zunehmend als Fremdkörper im deutschen Steuersystem wirkt.

Gesetzliche Pauschalen könnten im Bereich „Steuermindernde Abzüge“ zu einer Vereinfachung im Steuerrecht führen, weil damit arbeitsaufwendige Überprüfungen und Kontrollen überflüssig würden. Dies gilt vor allem für den großen Block der Werbungskosten im Arbeitnehmerbereich. Der Betriebsausgabenbereich sollte klar definiert und der entsprechende Belegnachweis obligatorisch vorgegeben werden.

Die auf der aktuellen politischen Agenda stehende steuerliche Absetzbarkeit des häuslichen Arbeitszimmers sollte neu justiert werden, indem ein Pauschbetrag steuerlich berücksichtigt wird. Die Berufsgruppen, die einen Anspruch auf Absetzbarkeit des häuslichen Arbeitszimmers haben, sollten in einer Verordnung benannt werden.

Der Bereich „Berufsbedingte Betreuungskosten“ könnte dadurch entflochten werden, indem diese Kosten bei Empfängernachweis voll als Werbungskosten abgezogen und mit Kontrollmitteilung beim Empfänger versteuert werden.

Um doppelte Arbeit der Steuerverwaltung zu vermeiden, müsste das Lohnsteuerermäßigungsverfahren ersatzlos ge-

strichen werden. Stattdessen sollten zurückzahlende Beiträge generell verzinst werden.

Für die mit dem Bürgerentlastungsgesetz neu geregelte steuerliche Berücksichtigung von Krankenversicherungsbeiträgen schlägt die DSTG vor, mit dem Einbau eines zu berücksichtigenden Krankenkassengrundbetrags in den Grundfreibetrag die Bearbeitungslage zu entschärfen. Ebenso sollten die Kosten der Pflegeversicherung zur Steuervereinfachung in den Grundfreibetrag eingearbeitet werden.

Im Bereich der Umsatzbesteuerung sollte nach Ansicht der DSTG durchgängig das Ursprungsland maßgeblich sein. Als weiteren Beitrag gegen Umsatzsteuerbetrug und -kriminalität wird verlangt, dass Vorsteuerrechnungen und -erstattungen nur vorgenommen werden, wenn sichergestellt ist, dass die fälligen Steuern auch bezahlt sind.

Die Erbschaftsteuer ist analog der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts verfassungsfest zu gestalten. Vor allem nach den jüngsten Novellierungen bestehen erhebliche Zweifel, dass die geltende Fassung den Normen des Grundgesetzes entspricht. Anstelle der derzeit gültigen Überwachung und Teilerlassregelungen für das Besitzvermögen sollte eine groß-

zügige Stundung der Erbschaftsteuer vorgenommen werden. Soweit bisher bekannt, umfasst das Maßnahmenpaket der Regierung zur Steuervereinfachung für die laufende Legislaturperiode rund 50 Einzelpunkte. Vereinfachungen sollen mit einer bereits vorab ausgefüllten elektronischen Steuererklärung sowie mit einer Neujustierung bei der steuerlichen Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten erreicht werden.

Es bleibt abzuwarten, ob das Maßnahmenbündel der Bundesregierung tatsächlich zu einer spürbaren Steuervereinfachung führen wird, denn der Rückgriff auf höhere Pauschalen wird durch die Ankündigung der Bundesregierung eingegrenzt, die Bürger um maximal 500 Millionen Euro zu entlasten. Als PR-Gag bezeichnete DSTG-Chef Dieter Ondracek die Ankündigung, Privatleuten eine vorausgefüllte Steuererklärung zuzuschicken. Dies nütze allein der kleinen Gruppe, die auf elektronischem Wege mit ihrem Finanzamt kommuniziert. Sobald konkrete Pläne der Bundesregierung zur Steuervereinfachung vorliegen, wird die DSTG die Einzelpunkte insbesondere unter dem Aspekt der eigenen Vorschläge und Forderungen kritisch überprüfen.